

**22**  
**75**

# Union in Deutschland

Bonn, den 29. Mai 1975

## Radikalen-Erlaß nicht torpedieren

Scharf zurückgewiesen hat der Vorsitzende der CDU, Helmut Kohl, eine Stellungnahme der südhessischen SPD zur Frage der Beschäftigung der Radikalen im öffentlichen Dienst. Er hat Bundeskanzler Schmidt und den SPD-Vorsitzenden Brandt aufgefordert, sich derartigen extremen Entwicklungen in ihrer Partei entgegenzustellen.

Der Vorsitzende des SPD-Bezirks, Bundesvorstandsmitglied Rudi Arndt, hatte in einem Positionspapier zum Radikalen-Beschluß der Ministerpräsidenten erklärt, dem Programm der „Diktatur des Proletariats“ könne man keine Verfassungsfeindlichkeit unterstellen, denn: „Eine Diktatur, gemeint als Machtausübung durch parlamentarische Mehrheit, ist nichts Verwerfliches.“

In diesem SPD-Papier sieht der Vorsitzende der CDU den Versuch, die von allen Demokraten gewünschte Novellierung des Beamtenrechtsgesetzes zu torpedieren und eine einheitliche Handhabe des Ministerpräsidentenbeschlusses zu verhindern, mit dem Bund und den Ländern gemeinsam alle Verfassungsfeinde vom öffentlichen Dienst fernhalten wollen. Wenn Arndt das DKP-Programm als „nicht verfassungswidrig“ bezeichnet, so zeigt dieses Beispiel, wie ernst die SPD-Führung die Abgrenzung nach links nimmt.

### ■ DGB-KONGRESS

„Es gilt, unseren freiheitlichen Rechtsstaat auszubauen.“ Auf diese Aufgabe verwies der Vorsitzende der CDU, Helmut Kohl, in seinem Grußwort an den in Hamburg tagenden Kongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Seite 4

### ■ WIRTSCHAFT

Die Regierung traut offenbar nicht mehr dem freien Wählerwillen. Deshalb beginnt die SPD/FDP-Regierung, nach Ansicht des Generalsekretärs der CDU, Prof. Kurt H. Biedenkopf, ihn zu manipulieren. Seite 5/6

### ■ BUNDESTAG

Die Lage der Kinder in der Bundesrepublik ist bedeutend schlechter als allgemein angenommen. Diesen Standpunkt vertrat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der Debatte am 22. Mai 1975 auf eine Große Anfrage der CDU/CSU. Seite 7/8

### ■ VERMÖGENSBILDUNG

Der CDU/CSU-Gesetzentwurf zur Förderung der betrieblichen Gewinn- und Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer ist der erste heute mögliche Schritt zur Verwirklichung des Vermögensbildungsprogramms der CDU.

Dokumentation

## ■ INFORMATIONEN

### CDU/CSU-Erfolg beim Straßenverkehrsgesetz

Eine CDU/CSU-Novelle zum Straßenverkehrsgesetz, mit der dem Bundestag ein Mitsprache- und Mitentscheidungsrecht bei Verordnungen und auch bei allgemeinen Verwaltungsvorschriften im Rahmen des Straßenverkehrsgesetzes eingeräumt werden soll, verabschiedete der Deutsche Bundestag in 2. und 3. Lesung. In der Vergangenheit war übermäßig in die Rechtssphäre von Millionen Bürgern als Verkehrsteilnehmer eingegriffen worden, ohne daß der Gesetzgeber Bundestag darüber unmittelbar mitzuentcheiden hatte. Der Antrag der CDU/CSU zum neuen Verwarnungsgeldkatalog bezweckte außerdem, inflationäre Erhöhungen der Verwarnungsgelder zu vermeiden. Diese Erhöhungen werden sich nunmehr nur auf verkehrsfördernde, verkehrsbehindernde und umweltbeeinträchtigende Tatbestände erstrecken.

### Wirksame Mittel gegen Mißbrauch anwaltlichen Rechts

Daß im Rechtsausschuß umgehend alle erforderlichen Beschlüsse getroffen werden, um den Formen größtenteils Mißbrauchs anwaltlicher Rechtsstellung endlich entschlossen entgegenzutreten, forderten die CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten Erhard (Bad Schwalbach) und Kunz (Berlin). Diese Notwendigkeit wurde durch den Beginn des Baader-Meinhof-Prozesses in Stuttgart deutlich unterstrichen. Die Abgeordneten kündigten ein Positionspapier der Union an, um sicherzustellen, daß sämtliche Umgehungsmöglichkeiten bestehender Vorschriften der Strafprozeßordnung mit

dem Ziel des Mißbrauchs anwaltlicher Rechte unterbunden werden. Die Regierungskoalition habe die Beschlußfassung über wirksame Maßnahmen gegen den Mißbrauch der anwaltlichen Rechte jahrelang verzögert.

### Regierungserklärungen in Mainz und Kiel

Einen „endgültigen Verzicht auf sozialistische Experimente jeglicher Art“ zur Wiederherstellung des Vertrauens in der Wirtschaft hat der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl vor dem Mainzer Landtag in seiner Regierungserklärung als wieder-gewählter rheinland-pfälzischer Ministerpräsident gefordert. Dazu gehören

### Antragsschluß für Bundesparteitag am 9. Juni 1975

Die Bundesgeschäftsstelle weist noch einmal darauf hin, daß Anträge für den 23. Bundesparteitag in Mannheim bis zum 9. Juni 1975 im Konrad-Adenauer-Haus 5300 Bonn Friedrich-Ebert-Allee 73/75 eingegangen sein müssen.

daß darauf verzichtet werde, unter Mißachtung der steuerpolitischen Leistungsfähigkeit die Grenzen der Belastbarkeit der Wirtschaft erproben zu wollen. Das übersteigerte Anspruchsdenken an den Staat müsse überwunden werden, damit vor allem jenen Mitbürgern geholfen werden könne, die auf die Hilfe der Gemeinschaft angewiesen seien, sagte Helmut Kohl. In seiner Regierungserklärung vor dem Landtag in Kiel erklärte der Minister-

präsident von Schleswig-Holstein, Gerhard Stoltenberg, die CDU-geführte Landesregierung bekenne sich „auch künftig zu einer Politik der Reformen“. Jedoch müsse der Reformkatalog in der Bundesrepublik neu bestimmt werden, um ihn nicht zu einem „Märchenbuch“ werden zu lassen. Mindestens die erste Hälfte der vierjährigen Wahlperiode wird nach den Worten Stoltenbergs von der „schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise seit den Nachkriegsjahren überschattet“ sein. Er forderte eine Neuorientierung der Politik an den jetzt absolut vorrangigen Aufgaben, zu denen er die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen sowie Ergänzungsvorhaben im Bereich der Infrastruktur zählte. „Vieles Wünschenswerte“ müsse zurückstehen.

## Bezeichnung „Berufsverbot“ ist irreführend

Der gedankenlosen Verwendung des von den Linksradikalen und der kommunistischen Presse verwendeten Propaganda-Schlagwortes „Berufsverbot“, das den falschen Eindruck erwecken soll, als würde Verfassungsfeinden nicht nur die Betätigung im öffentlichen Dienst, sondern überhaupt jegliche Berufsausübung verboten, ist die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit einer parlamentarischen Anfrage des MdB Windelen zu Leibe gerückt. Mit Erfolg. Bundesinnenminister Maihofer (FDP) antwortete schriftlich u. a.: „Ein Feind unserer Verfassung besitzt nicht die persönliche Eignung, um einen Beruf im öffentlichen Dienst, also im Dienst an eben dieser Verfassung, auszuüben... Solche Fälle der Einstellungsablehnung wegen fehlender Eignung für einen bestimmten Beruf als Berufsverbot zu bezeichnen, ist... irreführend.“

## ■ STICHWORTE

### Zur Abwendung

*einer den Städten und Gemeinden drohenden Finanzkatastrophe fordert die kommunalpolitische Vereinigung der CDU eine Umsatzsteuerneuverteilung unter stärkerer Berücksichtigung der kommunalen Belange.*

### Tausend neue Mitglieder

*zählt die CSU derzeit pro Monat. Gesamtmitgliederzahl Ende April: 126 079. Hinzu kommen 24 498 Mitglieder von Arbeitsgemeinschaften, die der Partei selbst nicht angehören.*

### Ehrenvorsitzender

*der Europäischen Union Demokratischer Studenten (EDC) wurde Helmut Kohl als Nachfolger von Edward Heath.*

### Einen Stimmungsumschwung

*signalisiert die Ablehnung einer Verringerung der US-Truppen im Ausland mit 311 zu 95 Stimmen im amerikanischen Abgeordnetenhaus.*

### Kostenlose Rechtsberatungen

*in einigen Modellfällen zu erproben, schlug die CDU-Landtagsfraktion der Hessischen Landesregierung in Wiesbaden vor.*

### Am Vorabend

*des 17. Juni wird die CDU an der Elbe eine Demonstration für die Zugehörigkeit des Stromes in seiner Gesamtbreite zum Territorium der Bundesrepublik veranstalten.*

### Die rasche Vorlage

*eines Nachtragshaushaltes fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion von der Bundesregierung, um die bisher nicht eingeplanten Milliardenausgaben bewältigen zu können.*

## ■ DGB-KONGRESS

### Union erwartet vorurteilslose Prüfung ihrer Politik

**Es gilt, unseren freiheitlichen und sozialen Rechtsstaat auszubauen. Freiheit und soziale Gerechtigkeit sind für uns keine Gegensätze. Freiheit, die nicht die Freiheit aller ist, ist nicht die Freiheit, die wir meinen. Freiheit, die auf Privilegien beruht, ist eine Beschränkung der Freiheit derjenigen, welche diese Privilegien nicht besitzen. Mit dieser Feststellung wandte sich der Vorsitzende der CDU, Helmut Kohl, in einem Grußwort an den DGB-Bundeskongress in Hamburg.**

**F**ür uns, fuhr Kohl fort, ist deshalb der Kampf um die Chancengleichheit gleichzeitig der Kampf um die Voraussetzung einer realen Freiheit, nämlich der Freiheit, die nicht über den Wolken schwebt, sondern von jedermann im Alltag erlebbar bleibt. Der Sozialstaat ist nicht am Ende seiner Aufgaben, sondern bedarf unserer dauernden gemeinsamen Anstrengung. Die Themen Mitbestimmung, Vermögenspolitik, Berufsbildung, die auch die Themen unseres Parteitages hier in Hamburg an gleicher Stelle waren, gehören zu den unerledigten Aufgaben unserer Gesellschaft. Unser Staat, auf der Wasserscheide zwischen Ost und West, steht in besonderer Verpflichtung, die Freiheit sozialstaatlich sichtbar zu machen. Die Christlich Demokratische Union ist bei dieser Aufgabe auf die Partner-

schaft mit den Gewerkschaften angewiesen. Volksparteien brauchen den Stachel der organisierten Arbeitnehmer. Deshalb wollen wir unsere Beziehungen zum Deutschen Gewerkschaftsbund ausbauen und intensivieren. Wir erwarten im Gegenzug eine vorurteilslose Prüfung unserer Vorschläge und unserer Politik.

Die Erfahrungen der letzten Jahre beweisen, daß keine Regierung ein Patentrezept besitzt und keine Partei ein Monopol auf Arbeitnehmer. Trotz Arbeitslosenunterstützung bleibt die Arbeitslosigkeit eine Geißel der Arbeitnehmer. Ohne Arbeit zu sein, bedeutet zwar in unserem Lande nicht mehr, ohne Brot zu sein, aber dennoch heißt Arbeitslosigkeit noch immer Not. Denn Not ist nicht allein ein materieller Mangel, sondern schließt soziale Desintegration und Depression ein. Laßt uns deshalb zusammen der Not der Arbeitslosigkeit zu Leibe rücken.

Die Lage der jungen Arbeitnehmer, die ohne Lehrstelle und Arbeitsplatz auf der Straße stehen, muß uns nicht nur zu denken geben, sondern Anlaß sein zu energischem Handeln. Es ist ein bedrückendes Erlebnis für unsere jungen Mitbürger, wenn ihr erster Schritt aus der behüteten Welt der Schule in die Welt der Erwachsenen ein Schritt in die Arbeitslosigkeit ist. Wenn der vielbeschworene „Ernst des Lebens“ so aussieht, werden womöglich Depressionen und Ressentiments produziert, an denen manch einer sein ganzes Leben lang schwer zu tragen hat.

Freie Gewerkschaften sind Organisationen von niemandes Gnaden. Sie bestimmen ihre Aufgaben selber, und kein Staat, keine Partei wird ihnen diese Aufgabe abnehmen können. Deshalb brauchen wir auch kein Gewerkschaftsgesetz.

## ■ WIRTSCHAFTSPOLITIK

# So hat die SPD/FDP die Bürger vor der Wahl getäuscht

**Nach sechsjähriger SPD/FDP-Regierung werden dem mündigen und zur Demokratie berufenen Bürger grundlegende Informationen vorenthalten, stellte der Generalsekretär Prof. Kurt H. Biedenkopf fest. Offenbar traut die Regierung nicht mehr dem freien und informierten Wählerwillen. Sie beginnt ihn zu manipulieren. Erste Erfahrungen konnte die Bevölkerung im Wahlkampf 1972 sammeln.**

Die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen war ein neuer Höhepunkt in der unlauteren Beeinflussung des Wählerwillens. Die SPD hatte in dieser Wahl dazu aufgerufen, den Aufschwung zu wählen. Da sich dieser jedoch nirgends zeigt, wurde er schlicht von den Parteipropagandisten auf dem Papier fabriziert. Am 12. Mai 1975, eine Woche nach der Wahl, mußte schließlich sogar der Spiegel zugeben: *„Es läßt sich kaum länger verheimlichen, daß die SPD-Strategen ihre Wähler mit falschen Hoffnungen angelockt haben.“*

Die falsche Hoffnung, die die SPD zwei Tage vor der Landtagswahl geweckt hatte, war: sinkende Zahl der Arbeitslosen. Zwei Tage nach der Wahl ließ sich die Wahrheit nicht länger verbergen. Zwar war die absolute Zahl der Arbeitslosen im gesamten Bundesgebiet geringfügig, die wesentlich aussagekräftigere saisonbereinigte Zahl der Ar-

beitslosen zeigte jedoch einen scharfen Anstieg von 3,9% im März, auf 4,6% im April, und die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter in Nordrhein-Westfalen war von den Parteistrategen völlig unterdrückt worden. Nach dem gleichen Muster war man auf Seiten der Regierung mit dem Konjunkturgutachten Ende April 1975 verfahren.

Die von Prof. Biedenkopf angesprochenen Manipulationen sind keineswegs improvisiert. Vielmehr beweisen nachfolgende Beispiele, wie sehr die SPD/FDP den willkürlichen Umgang mit unangenehmen Wahrheiten systematisiert hat etwa nach dem Motto: Gut ist nur, was mir nützt!

### Beispiel Nr. 1: Arbeitsmarkt

Am Freitag, dem 2. Mai 1975, genau zwei Tage vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen und im Saarland, klingelt vormittags gegen 9.30 Uhr bei den Bonner Büros der Presseagenturen (ddp, dpa, ap) das Telefon. Es meldete sich ein Vertreter des Bundesarbeitsministeriums und teilte den Journalisten mit, daß die Zahl der Arbeitslosen im April um 27 000 auf 1 080 000 gesunken und die Arbeitslosenquote von 4,9 im März auf 4,7% im April zurückgegangen sei. Auf die ausdrückliche Frage nach der Entwicklung der Kurzarbeit wurde die Antwort gegeben, diese sei noch nicht bekannt.

Der Anrufer bat ausdrücklich darum, als Quelle nicht das Bundesarbeitsministe-

rium bekanntzugeben. Die Zahlen wären jedoch absolut zuverlässig. Die Agenturen ließen daraufhin unter dem Tenor „Zahl der Arbeitslosen weiter zurückgegangen“, so die wörtliche Überschrift bei dpa, die ihnen zugegangene Information über die Fernschreiber laufen.

Erst am Dienstag, 6. Mai 1975, genau zwei Tage nach den Landtagswahlen, wurde dann die Wahrheit vollständig bekanntgegeben. Am bedenklichsten erwies sich dabei die Unterdrückung der Zahl über die Kurzarbeiter. Sie war nämlich trotz der frühjahrsbedingten, günstigeren Witterung, statt zu sinken, um 86 500 auf annähernd 900 000 ange-stiegen.

Diese Zahl ist mit voller Absicht am 2. Mai unterschlagen worden, denn sie fällt 14 Tage früher an als die Zahl der Arbeitslosen. Die Zahl der Kurzarbeiter gibt den Stand von Mitte April, die Zahl der Arbeitslosen den Stand von Ende April wieder.

Es ist also völlig ausgeschlossen, daß dem Arbeitsministerium am 2. Mai zwar die Zahl der Arbeitslosen, nicht aber die Zahl der Kurzarbeiter bekannt gewesen sei.

### Beispiel Nr. 2: Konjunktur

Der Umgang mit dem Gutachten der fünf Konjunkturforschungsinstitute zeigt, wie durch geschickte Einschaltung von Nachrichtenagenturen eine vorsichtige Aussage mit vielen nüchternen Fakten plötzlich „strahlenden Optimismus“ verbreiten kann. Am 28. April 1975 geht um 10.45 Uhr die erste dpa-Meldung über den Ticker, die über das in „Bonn vorgelegte“ Gutachten berichtet. Ihre Hauptüberschrift, „Institute einig: Weichen für Aufschwung gestellt“, bestimmt den Tenor der Berichterstattung der Massenmedien weitgehend.

Aber nur Eingeweihte wissen, daß diese Meldung nicht, wie es scheint, über die Pressekonferenz berichtet, in der das Gutachten vorgelegt wurde. Diese Konferenz fand erst kurz danach um 11.00 Uhr statt. Die dpa-Meldung ist also eine nicht als solche gekennzeichnete Vorwegmeldung, die die Sprachregelung optimistisch ausgab. Auf der Pressekonferenz war dagegen davon nicht viel zu spüren.

Hiermit wurde der Zeitdruck ausgenutzt, unter dem sich die Journalisten befanden, die innerhalb kürzester Zeit zutreffend über ein umfangreiches Gutachten berichten mußten und sich deswegen Agenturmeldungen zu Nutze machten. Erst im Laufe der nächsten Stunden — teilweise nach Redaktionsschluß (16.00 Uhr) — berichtete dpa ausführlich auch die pessimistischen Teile der Lagebeurteilung des Gutachtens. Zu diesem Zeitpunkt waren die Berichte der Journalisten aber längst geschrieben.

### Beispiel Nr. 3: Bundesbank

Der Monatsbericht April der Deutschen Bundesbank ergänzt die übliche monatliche Konjunkturberichterstattung (Februar 1975 / Februar 1974) mit einem zweiten Vergleich. Hierbei werden die Zahlen des konjunkturellen Tiefpunkts im November/Dezember 1974 mit Januar/Februar 1975 verglichen. Und siehe da: Dieser Vergleich mit dem Vorjahr läßt positive Zuwachsraten erkennen. Dagegen ergibt der Vergleich mit dem Vorjahr überwiegend negative Zahlen. Ganz im Sinne des regierungsamtlichen Zweckoptimismus wird in den Massenmedien fast nur über den ersten Teil des Monatsberichts mit den günstigeren Vergleichszahlen berichtet. Entgegen der Realität verstärkt sich der Eindruck, es träfen immer mehr „Konjunkturschwalben“ ein.

## ■ BUNDESTAG

# Unterstützung der Familien sichert Kindern gute Zukunft

Die Situation der Kinder in der Bundesrepublik Deutschland ist bedeutend schlechter, als die Öffentlichkeit bislang angenommen hat. Diesen Standpunkt vertrat für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ihr jugendpolitischer Sprecher Dietrich Rollmann in der Sitzung des Bundestages am 22. Mai 1975. Mit dem in der gleichen Sitzung von der SPD/FDP-Bundesregierung vorgelegten zweiten Bericht über die Lage der Familien setzte sich die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Helga Wex, auseinander (Siehe UID 20/75, Seite 13).

Rollmann begründete die Große Anfrage, die zu dieser Bundestagsdebatte führte, zum einen mit der Absicht, zu prüfen, wie sich im Vergleich zu einer Großen Anfrage der CDU/CSU zur Situation der Kinder in Deutschland aus dem Jahr 1966 die Lage der Jugend in der Bundesrepublik entwickelt habe. Andererseits seien inzwischen Fakten und Daten über die Lebensverhältnisse der Kinder erforscht worden, „die uns besorgt, die uns alarmiert haben“. Aus diesen Gründen sei die Große Anfrage diesmal so viel umfassender und detaillierter als damals ausgefallen.

Rollmann vertrat die Ansicht, daß die Bundesregierung in ihrer Antwort die große Chance, umfassend die Situation der Kinder in Deutschland darzustellen

und qualifizierte Konzepte für eine Verbesserung vorzulegen, nicht wahrgenommen habe. Rollmann wörtlich: „In ihrer Antwort versucht die Bundesregierung, hinter vielen Worten listenreich zu verbergen, wie kläglich es um die Situation der Kinder in unserem Land bestellt ist, wie notwendig eine gezielte Politik für das Kind ist, wie sehr es ihr an dem Konzept für eine solche Politik mangelt. Aus diesem Grund ersuchen wir die Bundesregierung in unserem Antrag, der Verbesserung der Situation der Kinder in Deutschland mehr als bisher ihre Aufmerksamkeit und Initiative zuzuwenden und dem Bundestag bis zum 30. Juni 1977 einen umfassenden Report über die Situation der Kinder in Deutschland mit konkreten Vorstellungen für eine Verbesserung vorzulegen.“ Rollmann zeigte in seiner Rede auf, wie sich aus der Sicht der Union die Lage der 14 Millionen Kinder in der Bundesrepublik darstellt:

- Es werden immer weniger Kinder geboren. 1974 betrug das Geburtendefizit 200 000 Kinder; im ersten Quartal 1975 hat die Zahl der Geburten noch einmal um fast sieben Prozent abgenommen.
- Trotz Kindergeld und Steuerreform ist der Familienlastenausgleich so unzulänglich geblieben, daß ein durchschnittlich verdienender Familienvater mit seinem Gesamteinkommen kaum über dem Sozialhilfeanspruch liegt.
- Die Säuglingssterblichkeit in der Bundesrepublik ist erschreckend hoch.

Auf 1 000 Geburten kamen 1973 31 Totgeburten und Sterbefälle im ersten Lebensjahr.

● Besorgniserregend ist auch die Müttersterblichkeit. Auf 100 000 Lebendgeborene starben 1973 46,4 Mütter.

● Fast 900 000 Kinder unter 15 Jahren wachsen als Scheidungs- oder Halbwaisen und als eheliche Kinder in unvollständigen Familien heran.

● Fast 100 000 Kinder aus unvollständigen Ehen wachsen in Heimen und Pflegefamilien auf.

● 54 Prozent der Minderjährigen in Fürsorgeerziehung stammen aus unvollständigen Familien.

● Die Mütter der Kinder aus unvollständigen Familien sind mit knapp 70 Prozent überproportional außer Haus erwerbstätig.

● Die Zahl der erwerbstätigen Mütter insgesamt hat sich seit 1950 bis heute von 1,5 Millionen auf 2,7 Millionen um 79 Prozent erhöht.

● 45 Prozent aller Kinder unter 18 Jahren leben in Wohnungen, die den Mindestanforderungen nicht entsprechen.

● In 128 000 Einfamilienhaushalten haben nicht alle Kinder ein eigenes Bett.

● Von mindestens 500 000 Obdachlosen in der Bundesrepublik sind die Hälfte Kinder und Jugendliche.

Bei der Lektüre der Antwort, stellte Rollmann fest, falle zweierlei auf: Auf einige Fragen der Großen Anfrage wolle die Bundesregierung offenbar keine Antwort geben, auf andere könne sie keine geben. Sie müsse sich vielmehr mit Schätzungen begnügen, weil die Jugendstatistik nicht ausreiche. Der Bundestag habe bereits 1967 die Bundesregierung ersucht, „eine bundeseinheitliche Jugendhilfsstatistik auf der Grundlage anzustreben, in die die freien Trä-

ger mit einbezogen werden“. Die Union habe immer wieder an diesen Auftrag erinnert und tue dies auch heute wieder.

Das Zweite: Wann immer die Union frage, was sie zur Verbesserung der Situation der Kinder zu tun gedenke, verweise sie auf den Referentenentwurf eines Jugendhilfegesetzes. Die Bundesregierung, so Rollmann wörtlich, hat dieses neue Gesetz seit Jahren versprochen und bis heute aus finanziellen Gründen nicht gehalten. Kostbare Jahre, in denen andere Aufgaben der Jugendhilfe liegengeblieben sind, sind mit der ergebnislosen Diskussion des neuen Jugendhilfegesetzes vertan worden.

## Situation der Familien entscheidend verbessern

Stimmen Sie, meine Damen und Herren von der Koalition, forderte Rollmann auf, „nur wenigstens unserem Antrag zu, daß zur Beseitigung der wichtigsten Defizite in der Jugendhilfe — Elternschulen, Erziehungsberatungsstellen, Spielplätze — Mehrjahrespläne aufgestellt und verwirklicht werden.

Die CDU/CSU-Fraktion ist der Auffassung, daß die Verbesserung der Situation der Kinder in unserem Lande mit der Verbesserung der Situation unserer Familien beginnen muß, mit einer umfassenden Elternbildung, mit einem ausreichenden Familienlastenausgleich, mit einer kindergerechten Wohnraumversorgung. Bei allen Mängeln, die heute der Kleinfamilie anhaften, bei aller Kritik, die immer wieder an ihr geübt wird; in allen Stürmen unserer Zeit hat sich die Familie nicht nur als die verlässlichste Lebensgemeinschaft von Mann und Frau, sondern auch als der letztlich unersetzbare Platz für die Entwicklung und Entfaltung des Kindes erwiesen.

## ■ KOALITION

### Keine Koalition mit „dieser FDP“

Ministerpräsident Filbinger hat der FDP in Baden-Württemberg unter ihrer derzeitigen Führung eine unmißverständliche Koalitionsabsage erteilt. Die „neue FDP“ habe sich vom Grundbestand an Liberalität so sehr entfernt, daß es zu einem Austausch von ihren Stammwählern gekommen sei. „Solange die FDP diesen Charakter hat, der sich vielleicht in den Namen Rösch und Enderlein personifizieren läßt, würde ich für ein Zusammengehen mit der FDP keine Möglichkeit sehen.“

### Kurt-Schumacher-Kreis klagt an

Die im Kurt-Schumacher-Kreis zusammengeschlossenen SPD-Widerstandskämpfer gegen das kommunistische Regime in der DDR fühlen sich in der SPD einer „politisch niederträchtigen Verleumdung aus den eigenen Reihen ausgesetzt“. Nachdem der SPD-Parteivorstand in Bonn bisher nicht auf einen entsprechenden Brief vom 5. Februar reagiert hatte, ist es jetzt zu heftigen internen Auseinandersetzungen zwischen der Parteispitze und dem Schumacher-Kreis gekommen.

In dem Brief war der SPD-Vorstand aufgefordert worden, endlich der Diskriminierung der sozialdemokratischen ehemaligen politischen Häftlinge und Flüchtlinge aus Mitteldeutschland entgegenzutreten. Sie würden „als reaktionäre Elemente, als Störenfriede der Entspannung, als Feinde des Sozialismus“ bezeichnet. Weiter heißt es: „Es ist beschämend, daß wir nach den Op-

fern, die wir für die Demokratie und die SPD gebracht haben, einer solchen wahrheitswidrigen und politisch niederträchtigen Verleumdung aus den eigenen Reihen ausgesetzt sind. Wir müssen dies auf das systematische Wirken linksradikaler Kräfte und ihrer Sympathisanten in der SPD zurückführen, die ... in die Partei eingedrungen sind und gegen die sich die früheren Parteivorstände aus falsch eingeschätzten Integrationsbemühungen nicht entschieden genug zur Wehr gesetzt haben.“

### Täuschende Angaben über Uranvorräte

Die Öffentlichkeit über den Stand der Uranversorgung der Bundesrepublik getäuscht zu haben, ist dem Bundesforschungsminister Matthöfer von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vorgeworfen worden. CDU-MdB Stavenhagen kritisierte, Matthöfers Angaben über die vorhandenen Uranvorräte schwankten in den letzten Wochen zwischen Reserven für drei Monate und drei Jahre. Stavenhagen erklärte, aufgrund der von der Bundesregierung selbst gemachten Angaben seien effektiv nur 230 t angereichertes Uran in der Bundesrepublik vorhanden. Jedoch würden allein für dieses Jahr 1 000 t Urantrennarbeit (die übliche Maßeinheit) benötigt. Dies bedeute, daß die effektiven Uranvorräte noch nicht einmal ein Viertel des für 1975 erforderlichen Bedarfs ausmachten.

### SPD diene als Basis für Anarchisten

Der wegen des Verdachts der Teilnahme an Sprengstoffanschlägen und der Hilfe für die Baader-Meinhold-Bande seit

Januar in Hamburg inhaftierte Anarchist Borvin Wulf (36) hat im Februar 1974 aus dem Bundesjustizministerium auch den Referentenentwurf eines Gesetzes über den Verteidigerausschluß erhalten. (vgl. UiD 18/75)

Wulf hatte auf Briefbögen des SPD-Ortsvereins Norderstedt mehrere Bundesministerien und Organisationen – darunter Gewerkschaft der Polizei – angeschrieben und um Material aus dem Bereich der inneren Sicherheit gebeten.

Über den „Fall Wulf“ hat jetzt Bundesinnenminister Maihofer auch den Bundestagsinnenausschuß unterrichtet. Wie die Pressestelle des Bundestages mitteilte, habe Maihofer gesagt, die an Wulf gelangten Unterlagen seien wahrscheinlich über den Rechtsanwalt Groenewold an Anarchistenkreise weitergeleitet worden. Wulf war 1971 der SPD in Norderstedt beigetreten.

## Scharfe Kritik an Maihofer

Wegen der „unverantwortlichen Verschwendung von Steuergeldern“ hat die hessische CDU Bundesinnenminister Werner Maihofer scharf kritisiert. Maihofer soll kürzlich an einem Wochenende mit einem Hubschrauber des Bundesgrenzschutzes eigens nach Bad Homburg geflogen sein, um seine Tochter und seinen Schwiegersohn zu einem Opernbesuch nach Wiesbaden abzuholen.

## Berliner Ärzteblatt redet Fraktur

„Unser Regierender hat sich mit viel Mühe ein Kabinett von sachkundigen Dilettanten zusammengestellt.“ Man könne nur hoffen, daß unsere neuen Senatoren so „wenig wie möglich tun“.

Das schreibt das „Berliner Ärzteblatt“ in seiner jüngsten Ausgabe. Außerdem nimmt die Zeitschrift zur Ostpolitik Stellung: „Was uns das größte Vertrauensgenie Deutschlands und sein Protektor mit ihren Verträgen gebracht haben, hat uns nicht zu jener bundesdeutschen Entspannungseuphorie geführt, die inzwischen abgekühlt ist. Den Kater haben wir uns erspart.“

## Kirche wehrt sich gegen „Vorwärts“

Scharf verurteilt hat den in der sozialdemokratischen Wochenzeitung „Vorwärts“ erschienenen Artikel „Die Kirche übt die Machtprobe“ der Bundesvorsitzende der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands (KAB), Alfons Müller. Die Kirche hat nach den Worten des KAB-Vorsitzenden als höchste moralische Instanz nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, mit Nachdruck für die Erhaltung und Sicherung der Grundwerte Leben, Ehe und Familie einzutreten. Wer, wie der „Vorwärts“, der Kirche „klerikales Machtstreben“ vorwerfe, verstoße gegen den Geist der Partnerschaft und der Toleranz.

## Bayern lehnte ab — Hessen stellte ein

Als Zeichen dafür, „wie notwendig eine einheitliche, auf dem geltenden Beamtenrecht beruhende Verwaltungspraxis in allen Bundesländern“ sei, wertet das bayerische Finanzministerium die Tatsache, daß eine wegen ihrer Betätigung beim Marxistischen Studentenbund (MSB) Spartakus und bei der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) von den bayerischen Behörden abgelehnte Lehramtskandidatin inzwischen im SPD-regierten Hessen eingestellt worden sei.

## ■ LANDESPARTEITAG

# Wahlerfolg in Berlin wird kein Ruhekissen sein

**Der 56. Landesparteitag der Berliner CDU am 23. und 24. Mai 1975 in der Kongreßhalle demonstrierte allen sichtbar das neue Selbstverständnis einer Partei von inzwischen 12 500 Mitgliedern, die aus den Wahlen am 2. März als stärkste politische Kraft dieser Stadt hervorgegangen ist. Die Redner machten deutlich, daß das Ziel der CDU — eine regierungsfähige Mehrheit bei der Wahl 1979 — bei entsprechenden Anstrengungen keine Illusion ist.**

Unumstritten ist der Spitzenkandidat für dieses hohe Ziel: der Landesvorsitzende Peter Lorenz wurde nahezu einstimmig in seinem Amt bestätigt; nur zehn von 282 Delegierten mochten sich nicht für ihn entscheiden. Außer Lorenz wurden auch der Zweite Landesvorsitzende Karl-Heinz Schmitz sowie die Stellvertretenden Landesvorsitzenden Lieselotte Berger MdB und Jürgen Wohlrabe MdB in ihren Ämtern bestätigt; neuer Geschäftsführender Landesvorsitzender wurde Eberhard Dieppen anstelle von Heribert Baumann, der zu einem der Stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurde. Erneut als Schatzmeister berufen wurde Hans-Joachim Boehm.

In seinem Eröffnungsreferat und dem Schlußwort setzte sich Peter Lorenz vornehmlich mit den jüngsten Attacken der Sowjetunion und der DDR gegen

den Viermächte-Status von ganz Berlin auseinander. Lorenz betonte, das Weiterbestehen der Verantwortung der vier ehemaligen Siegermächte für die ganze Stadt sei geradezu die Geschäftsgrundlage für das Berlin-Abkommen gewesen. Die Westmächte hätten dieses Abkommen gar nicht abgeschlossen, wenn sich die Sowjetunion geweigert hätte, es für ganz Berlin zu akzeptieren.

Der Zweite Landesvorsitzende Karl-Heinz Schmitz ging in seinem Referat vornehmlich auf Berliner Themen ein. Er betonte, der Wahlerfolg der Union in Berlin dürfe kein Ruhekissen sein, sondern er bedeute eine Verpflichtung zu verstärkter Anstrengung.

In der Berichterstattung der Presse über den Landesparteitag fand eine mit großer Mehrheit angenommene Entschliebung besondere Beachtung, in der es unter anderem heißt, die Berliner CDU sei tief besorgt über die langfristigen Folgen unausgewogener und mehrdeutiger Schlußdokumente der Genfer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.

Sie fordere daher die Bundesregierung und die westlichen Verbündeten auf, angesichts der jüngsten Veränderungen der internationalen Lage und der anhaltenden entspannungsfeindlichen Politik der Sowjetunion gegenüber Berlin die Konferenz zur Überprüfung ihrer politischen Grundlagen und Folgen zeitweilig zu unterbrechen.

## ■ VEREINIGUNGEN

### Helmut Kohl: Union der Vertriebenen hat nationale Aufgaben

**Auf der Delegiertenversammlung der Union der Vertriebenen und Flüchtlinge in der CDU/CSU am 23./24. Mai im Konrad-Adenauer-Haus stellte der CDU-Vorsitzende Dr. Helmut Kohl die nationalen Aufgaben heraus, die die Ost- und Mitteldeutschen in den Unionsparteien und darüber hinaus im vorpolitischen Raum — besonders auch im Blick auf die kommende Bundestagswahl — zu erfüllen haben.**

Den Vereinigungen in unserer Partei und damit auch der Union der Vertriebenen und Flüchtlinge Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung fällt, stellte Kohl fest, eine verantwortungsvolle Aufgabe zu. Sie sind innerhalb unserer Partei ein wichtiges Diskussionsforum und Instrument der Willensbildung. Die Partei erwartet von Ihrer Arbeit wichtige Impulse, nicht nur aus der Beschäftigung mit ihrem kulturellen Erbe, das sie pflegen und wahren. Dies ist unverzichtbar. Auch aus der Diskussion aktueller Themen erwarten wir Denkanstöße, die in die Zukunft weisen.

Elmar Brock, stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungen Union, bekannte sich zu der Notwendigkeit der Union der Vertriebenen und Flüchtlinge als eine Vereinigung der Unionsparteien, die er auch künftig für erforderlich halte.

Dr. Götz forderte in seinem Referat eine hervorragende Priorität der Ost- und Deutschland-Politik in der Wahlkampf-Strategie der Unionsparteien. Eine zweite Partei lehnte er ab.

Gerold Rummler hob in seinem Rechenschaftsbericht die Bedeutung der Zusammenarbeit mit den anderen Vereinigungen der CDU/CSU besonders mit der Jungen Union hervor.

Die Delegierten verabschiedeten eine Reihe von Beschlüssen und Entschlüssen, die die Arbeit des neugewählten Vorstandes bestimmen werden. An den Bundesparteitag in Mannheim richteten sie einen Antrag, in dem der Parteitag aufgefordert wird, die gesamtdeutschen, nationalen Gedanken durch Empfehlungen für die schulische Ausbildung zu intensivieren und den 17. Juni als nationalen Gedenktag auch für die Zukunft abzusichern.

Die Vereinigung gab sich schließlich in Übereinstimmung mit dem Berliner Programm der CDU und dem CSU-Grundsatzprogramm Leitsätze, die der Arbeit in der UVF neue Impulse geben sollen. Sie sind geeignet, die Öffentlichkeitsarbeit zu verbessern und im vorpolitischen Raum noch mehr Verständnis für die Aufgaben der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung zu wecken.

Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgende Zusammensetzung: Dr. Hermann Götz MdB (Vorsitzender), Staatssekretär Joachim Dorenburg, Dr. Herbert Hupka MdB, Paul Scholz, Dr. Fritz Wittmann MdB (stellv. Vorsitzender), Otto Frhr. von Fircks MdB (Schatzmeister), Dr. Herbert Czaja MdB, Hartmut Gassner, Alfred Herold, Georg Hoffmann, Willi Lucke, Lieselotte Pieser MdB, Dr. Walter Priesnitz, Helmut Sauer MdB (Beisitzer), Gerold Rummler (Hauptgeschäftsführer).

## ■ BUNDESFACHAUSSCHÜSSE

# Leitlinien der Union zur Förderung des Leistungssports

Mit Leitsätzen für ein neues Konzept zur Förderung des Leistungssports hat sich der im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn neu konstituierte Bundesfachausschuß Sport der CDU befaßt. In der vom einstimmig zum Vorsitzenden des Ausschusses wiedergewählten Bundestagsabgeordneten Dr. Hans Evers geleiteten Sitzung wurden das bisherige Konzept und die bisherige Praxis der Förderung im Leistungssport als „nicht wirksam genug“ bezeichnet.

Wenn der Leistungssport in der Bundesrepublik Deutschland mit dem internationalen Standard im Leistungssport Schritt halten solle, dann müßten unverzüglich Maßnahmen eingeleitet werden, die einerseits den Spitzensportlern bessere Chancen in Ausbildung und Beruf einräumten – und die andererseits ein Höchstmaß an fachlicher, medizinischer und sozialer Betreuung garantierten.

Der Fachausschuß der CDU erinnerte an die Gespräche und Hearings mit Vereinen, Verbänden und Spitzensportlern, bei denen sich gravierende Mängel am bestehenden Förderungssystem herausgestellt hätten.

Nach Ansicht des Bundesfachausschusses sind zu einer erfolgversprechenden Förderung des Leistungssports u. a. folgende Ziele anzuzustreben:

- Herstellung der Chancengleichheit für Spitzensportler in Ausbildung und Beruf, wobei die Nachteile für Spitzensportler beim Hochschulzugang abgebaut und gezielte Hilfen beim Einstieg oder bei der Wiedereingliederung in den Beruf gewährt werden müßten;
- Verbesserung der sportmedizinischen Betreuung – vor allem in der jeweiligen Phase der Laufbahn jedes Spitzensportlers;
- Ausbau der Trainingsmöglichkeiten – u. a. durch regionale Stützpunkte;
- Anerkennung des Berufsbildes eines Trainers und Sportverwaltungsmitarbeiters;
- Intensivierung und Koordinierung von Forschung und Lehre aller sportwissenschaftlichen Fachrichtungen.

Der Ausschuß sprach sich schließlich für eine Förderung der Stiftung „Deutsche Sporthilfe“ – u. a. durch eine Sportbriefmarke und die Beteiligung an der „Aktion Glücksspirale“ aus.

Nach der Konstituierung des Fachausschusses, die vom stellvertretenden CDU-Vorsitzenden Heinrich Köppler vorgenommen worden war, hatten die Mitglieder auch vier stellvertretende Vorsitzende gewählt: Michael Sauer, Dieter Graf von Landsberg-Velen (Vizepräsident des DSB), Dr. Wolfgang Schäuble MdB (Sportsprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion) und Albert Pürsten MdL.

## ■ PARTEIARBEIT

# Bürgernahe Kommunalpolitik

### Öffentliche Programmdiskussion

**N**eu Wege einer offenen und offensiven Kommunalpolitik hat der CDU-Kreisverband Wesermünde beschrrieben. Zu seinem „Kommunalpolitischen Kongreß“ waren nicht nur die Mitglieder der CDU, sondern alle Bürger eingeladen. Auf der Tagesordnung stand die Beratung eines kommunalpolitischen Programms.

In vier offenen Arbeitskreisen („Politik im Dienste älterer Menschen“, „Jugend und Sport“, „Schulfragen und Schulplanung“ und „Wirtschaftsförderung und Fremdenverkehr“) bestand für die interessierten Teilnehmer die Möglichkeit, an der Politik der CDU gestaltend mitzuwirken.

Das Ergebnis solcher Arbeit hat sich im Kreisverband Wesermünde in der Mitgliederentwicklung niedergeschlagen: Während der vergangenen drei Jahre stieg die Mitgliederzahl von 400 auf 1 300.

**CDU-Kreisverband Wesermünde**  
**2190 Cuxhaven**  
**Mittelstraße 7a**

### Fraktionsarbeit

**D**er CDU-Ratsfraktion in Alfeld (Leine) gelingt es, kommunale Sachpolitik mit wirkungsvoller Öffentlichkeitsarbeit zu verbinden. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Horst A. Birke hat hierfür ein Konzept: Im Abstand von 2 Monaten unterrichtet er durch Pressemeldungen

die Lokalpresse über die Arbeit der Fraktion im Rat. Daneben verteilen die Mitglieder des Rates in Abstimmung mit ihrem Ortsverband in ihren Wahlbezirken regelmäßig die von der CDU-Bundesgeschäftsstelle herausgegebenen Flugblätter, die der jeweilige Verteiler zuvor mit seinem Namen versehen hat. Zwangsläufig ergeben sich dabei auch viele Anknüpfungspunkte für Gespräche mit den Bürgern.

Schließlich sorgt die Fraktion durch viele Kleinaktionen für Aufmerksamkeit. So berichteten z. B. Lokalzeitungen über Heft- und Bücherspenden für die Sonderschule, darüber, daß einem Kindergarten ein ausgedienter Trecker geschenkt worden war sowie über eine Schachuhr, die die CDU-Fraktion dem Schachklub geschenkt hatte.

**CDU-Ratsfraktion**  
**322 Alfeld**  
**Robert-Linnarz-Straße 3**

### „CDU spricht mit dem Bürger“

**U**nter diesem Motto beteiligte sich der CDU-Kreisverband Tübingen an der Ausstellung „Tübingen 75“ mit einem eigenen Informationsstand. Die Mandatsträger der Partei aus Bundestag, Landtag und den kommunalen Vertretungen standen an diesem Informationsstand den Ausstellungsbesuchern Rede und Antwort.

Mit dieser Ausstellung war gleichzeitig eine Mitgliederwerbaktion verbunden, bei der das Gespräch von den CDU-

Mitgliedern bewußt gesucht wurde. Da die Ausstellung kurz vor der Kommunalwahl stattfand, trug sie dazu bei, daß in Tübingen erstmals die CDU die meisten Stimmen auf sich vereinigen konnte.

**CDU-Kreisverband**  
**74 Tübingen**  
**Wilhelmstraße 16**

## **Wichtige Mitteilung der Union-Betriebsgesellschaft**

Bereits in UiD Nr. 9/75 haben wir darauf hingewiesen, daß sich zur Zeit Außendienstbevollmächtigte der Union Betriebs-Gesellschaft mbH darum bemühen, die Verlagserzeugnisse „Das

Wirtschaftsbild“, „Deutschland Union Dienst“, „Europa Silber Prägung“ im Bereich von Industrie, Handel, Handwerk und Gewerbe zum Abonnement bzw. zum Kauf anzubieten. Aus gegebenem Anlaß sei darauf hingewiesen, daß der Erlös aus dieser Tätigkeit der politischen Arbeit der CDU zugute kommt. Der Vertriebsweg ist so angelegt, daß kein Spenderpotential verlorengeht. Die Repräsentanten sind mit einer Legitimationskarte der Union Betriebs-Gesellschaft mbH und einem Bestätigungsschreiben des Bundesschatzmeisters ausgestattet. Der Verlag bittet Sie, die Arbeit der Außendienstbevollmächtigten zu unterstützen.

## **TERMINE**

- |  |   |
|--|---|
| <p>2. 6. <b>CDU — Bund</b>, Mittelstandsvereinigung, Bundesvorstand, Bonn</p> <p>5. 6. <b>CDU — Bund</b>, Fachkommission „Bund-Länder-Verhältnis“ im BFA Innenpolitik</p> <p>6. 6. <b>LV Berlin</b>, Landesvorstand</p> <p>6. 6. <b>LV Berlin</b>, Landesausschuß</p> <p>6./7. 6. <b>KPV — Bund</b>, Hauptausschuß und Bundesvorstand, Frankfurt</p> <p>7. 6. <b>LV Rheinland</b>, Sozialausschüsse, Hauptversammlung, Aachen</p> <p>7. 6. <b>LV Hessen</b>, Frauenvereinigung, Kongreß „Verbraucherpolitik“, Rüsselsheim</p> <p>7. 6. <b>LV Rheinland-Pfalz</b>, Mittelstandsvereinigung, Landtag, Mainz</p> <p>7. 6. <b>JU — Bund</b>, Bundesvorstand, Aachen</p> <p>8. 6. <b>JU — Bund</b>, action Europa '75, COCDYC/EUJCD, Aachen</p> <p>9. 6. <b>CDU — Bund</b>, Präsidium, Bonn</p> <p>9. 6. <b>CDU — Bund</b>, Bundesvorstand, Bonn</p> <p>9. 6. <b>CDU — Bund</b>, Bundeskulturausschuß, Bonn</p> <p>10. 6. <b>CDU — Bund</b>, Frauenvereinigung, Redaktionskomitee, „Verbraucher-ausschuß“, Bonn</p> | <p>10. 6. <b>CDU — Bund</b>, Gemeinsame Präsidiumssitzung von CDU und CSU, Bonn</p> <p>11. 6. <b>CDU — Bund</b>, Landesgeschäftsführerkonferenz, Bonn</p> <p>12. 6. <b>LV Saar</b>, Landesausschuß, Saarbrücken</p> <p>13. 6. <b>CDU — Bund</b>, Vorstand des BFA für Agrarpolitik, Bonn</p> <p>13. 6. <b>CDU Niedersachsen</b>, Frauenvereinigung, Landesversammlung, Hannover</p> <p>13./15. 6. <b>CDU — Bund</b>, Sozialausschüsse, Bundestagung, Kiel</p> <p>16. 6. <b>LV Baden-Württemberg</b>, Präsidium und Landesvorstand, Stuttgart</p> <p>16. 6. <b>LV Rheinland-Pfalz</b>, Landesvorstand, Mainz</p> <p>16. 6. <b>LV Rheinland</b>, Landesvorstand, Köln</p> <p>20. 6. <b>LV Berlin</b>, Landesvorstand</p> <p>20./21. 6. <b>BV Südbaden</b>, Bezirksparteitag, Freiburg</p> <p>22. 6. <b>CDU — Bund</b>, Präsidium,</p> <p>22. 6. <b>CDU — Bund</b>, Bundesvorstand,</p> <p>22./25. 6. <b>CDU — Bund</b>, 23. Bundesparteitag, Mannheim</p> |
|--|---|

## ZITAT

### Manie der Reformen

*Seit Jahren befindet sich die Bundesrepublik in einem umfassenden, fast revolutionsartigen Veränderungsprozeß. Zwar ist der Vorgang gewaltlos, schleichend und von mancherlei abschwächendem Vokabelwerk verdeckt. Leute mit biederen Mienen und unscharfen Begriffen, vom Altbundeskanzler Brandt bis hinab zu den Heerscharen reformeifriger Fachdezernenten, verstellen vielfach den Blick dafür; aber: Das Land wird umgebaut.*

*Von den ehemals tragenden Schichten und Strukturen hat kaum eine überdauert, Machtpositionen haben sich verlagert, traditionelle Ideologien sich zersetzt, das Gesicht der Städte hat sich ebenso wie das der Menschen verwandelt: Ein Land, das stets so eifersüchtig wie schroff über seine nationale und kulturelle Identität gewacht hat, ist dabei, sich von sich selber zu trennen.*

*Gewiß hat der Veränderungswille, der gegen Ende der Ära Adenauer einsetzte und bald die suggestivsten Formeln für den politischen Meinungsstreit abgab, manche positiven Entwicklungen hervorgebracht.*

*Doch haben Radikalität und Dauer der Kritik am Bestehenden auch zahlreiche Verheerungen angerichtet. Die Verhältnisse wie die Menschen selber wurden immer aufs neue zu Objekten einer nahezu voraussetzungslosen Experimentierlust; sie sind es noch. Man muß, um dies zu illustrieren, nur vor Augen rufen, was alles in gesellschaftskritisch motivierter Quacksalberei in wenigen Jahren die Schulen und, was schlimmer wiegt, die Kinder heimsuchte: eine Weile*

### Anschrift:

*antiautoritäre Erziehung, eine Weile Ganzheitsmethode und Mengenlehre, dann eine Weile Rahmenrichtlinien, heute Gesamtschulversuche, morgen eine Weile etwas anderes. Es hat den Anschein, als fühle sich fast jedermann in diesem Land, vom Gesetzgeber bis zur Kindergärtnerin, einem hektischen Reformdruck ausgesetzt. Im steten Bedürfnis, den eigenen Neuerungen willens zu beweisen, werden unzureichend durchdachte Programme verabschiedet, die entweder finanziell nicht gedeckt sind und folglich wieder rückgängig gemacht werden müssen wie die Nahverkehrsplanung oder von nahezu sämtlichen beteiligten Gruppen abgelehnt werden wie das neue Berufsbildungsgesetz unseres braven Wissenschaftsministers. Was sich da als Reformwille ausgibt, ist vielfach lediglich Unrast, die als Ressentiment gegen das Bestehende in Erscheinung tritt. In Umkehrung der berühmten Hegelschen These gilt das Wirkliche heute als unvernünftig, und das aus keinem anderen Grund, als weil es wirklich ist: modische Wegwerfmentalität, bezogen auf die gesellschaftlichen Verhältnisse. Zahlreichen Reformideologen geht es denn auch weniger um die Verwirklichung des vernünftigen Neuen als vielmehr um den Bruch mit dem Überkommenen.*

Joachim Fest in FAZ, 20. Mai 1975

**UiD**

**Union in Deutschland** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 53 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH., 53 Bonn, Argelanderstraße 175, Telefon 22 00 40. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Gerhard Braun, **Bankverbindung:** Commerzbank Bonn Nr. 1124 932, Postscheckkonto Köln 193 795. **Abonnementspreis** vierteljährlich 9,— DM. **Einzelpreis** 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.